

Protokolleintrag vom 26.03.2003

2003/115

Von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist am 26.3.2003 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an den städtischen Spitälern und Krankenheimen im Tarifsystem eine gesonderte Kategorie „Pflegeleistung mit Solidaritätszuschlag“ mit einem Preiszuschlag von einem Franken pro Tag (stationär), bzw. fünf Franken pro Fall (ambulant) eingeführt werden kann. Patientinnen und Patienten, welche – natürlich freiwillig – diese Pflegekategorie wählen, sollen Gewähr haben, dass der jährliche Gesamtbetrag aller Zuschläge durch die Stadt – gemäss den bewährten Grundsätzen der Entwicklungszusammenarbeit in den verschiedenen städtisch mitfinanzierten Projekten – für die Förderung der stationären und ambulanten gesundheitlichen Grundversorgung in den ärmsten Ländern des Südens eingesetzt wird.

Begründung:

Während das Gesundheitswesen in der Schweiz immer teurer wird – zurzeit mit Kosten von knapp 11% des Bruttoinlandproduktes –, fehlt es in den armen Ländern des Südens oft an der elementarsten gesundheitlichen Grundversorgung. Mit einem freiwilligen Solidaritätszuschlag auf Pflegeleistungen kann ein doppelter Nutzen erzielt werden, einerseits durch Sensibilisierung für Entwicklungszusammenarbeit bei uns und andererseits durch gezielte Förderung der (stationären und ambulanten) gesundheitlichen Grundversorgung in den ärmsten Ländern des Südens. Auch in den Beschlüssen des Johannesburg-Weltgipfels zur nachhaltigen Entwicklung nimmt die Verbesserung der gesundheitlichen Grundversorgung, zusammen mit dem Zugang zu sauberem Trinkwasser, einen wichtigen Platz ein.

Mit der Einführung eines freiwilligen Solidaritäts-Zuschlages im Rahmen des städtischen Gesundheitswesens entsteht kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand, da sowohl für das Abrechnungswesen wie für die Mittelausschüttung die bestehenden Kanäle, bzw. Dienste der Stadt benützt werden können. Eine Überschlagsrechnung ergibt – bei der Annahme, dass 3% der PatientInnen diesen Solidaritäts-Zuschlag wählen – allein von der Zahlen der Spitäler Triemli und Waid (stationär und ambulant), d. h. ohne Krankenhäuser und Spitex, eine jährliche Gesamtsumme von rund 120 000.– Fr.